

Die neue UNO als unterdrückerische Kriegsmacht

Diethelm Raff, Zürich

Die neue UNO - Rätediktatur mit Grosskonzernen statt Demokratie

Vorauszuschicken ist, dass mit diesem Artikel wohlbegründete Einstellungen zu Fragen der Entwicklung, der Ursachen von Krieg und deren Behebung in Frage gestellt werden. Es wird den meisten Linken nicht leicht fallen zu überlegen, ob es sein könnte, dass die Uno nicht der Friedenssicherung dient oder wenigstens besser dient als die sogenannten demokratischen Rechtsstaaten. Es wird im folgenden der These vertreten, dass mit der Uno mit ihren grossen Weltkonferenzen nicht etwa die Verbesserung dringender Anliegen gefolgt, sondern unter diesem Titel die Entmündigung der Bürger verfolgt wird. Die Rechtfertigung der völkerrechtswidrigen Kriege in Kosovo und Afghanistan, die gegen die Uno-Charta verstossen durch die Uno waren nicht zufällig, sondern Teil einer immer engeren Zusammenarbeit zwischen den Grosskonzernen und der Uno, mit der die Globalisierung durchgesetzt wird. Die Entmachtung der Staaten dient nicht etwa der Entwicklung einer besseren Welt, sondern der Entmündigung der Bürger. Die Militarisierung der Uno ist logische Folge eines diktatorischen Machtanspruchs insbesondere innerhalb eines Teils der US-Elite, besonders in der Bush-Administration, der in den letzten Jahren die Uno als sinnvollen Apparat benutzt.

Uno als Gründung der Grossmächte

Schon vor Ende des Krieges im August 1941 verabredeten Franklin Roosevelt und Winston Churchill in der für die UNO grundlegenden Atlantikcharta einen Zusammenschluss aller alliierten Staaten - eines unter acht Zielen war die Forderung, die Bodenschätze den Ländern zu entziehen und jedem (Firmen-Konsortium) verfügbar zu machen. Die von den Grossmächten zur Wahrung eigener Interessen begründete UNO-Charta vom Juni 1945 ermöglicht es den 5 Grossmächten USA, Russland, China, England und Frankreich, sich jeder internationalen Kritik im Bereich der Machtpolitik durch ihr Veto im Sicherheitsrat zu entziehen (Art. 23, 27.3) und trotzdem alle UNO-Mitglieder auf ihre Beschlüsse zu verpflichten (Art.2.2., 2.5., 12.1, 24.1, 39, 43). Der sogenannte Ost-West-Konflikt verhinderte lange Zeit eine gemeinsame Grossmachtpolitik gegen die kleinen Staaten. Die UNO half als Plattform für Diskussionen, mit der UNO-Charta und insbesondere mit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 in vielen Fällen, offene Grossmachtpolitik zu verhindern, die Rechte der Menschen und Völker einzufordern und durchzusetzen.

Die neue Uno seit 1989 als Weltsteuerungselement der einzigen Grossmacht

In der neuen UNO, die seit Ende der 80er Jahre unter dem Titel „Globale Steuerung“ (global governance) aufgebaut wird, stellt die EU eine Steuerungseinheit der zentralisierten Weltmacht dar. In Deutschland hat die „Stiftung Entwicklung und Frieden unter dem Titel Global Governance ein Papier herausgebracht (Policy Paper 2, 1996, S. 5), in dem in Kurzform dargestellt ist, was die Kommission für Globale Steuerung geplant hat und inzwischen am Umsetzen ist. Unter anderem ist zu lesen: „Die EU kann als fortgeschrittenes Laboratorium für die Fähigkeit zur Global Governance verstanden werden: Ihre Mitgliedstaaten treten Teilsouveränitäten ab, um durch gemeinsames Handeln eine grössere Problemlösungsfähigkeit zu gewinnen.“ Die Kommission macht konkrete Vorschläge in ihrem Bericht (Nachbarn in einer Welt, www.sef-bonn.org/publ/einewelt/cgg.html), wie die Nationalstaaten und damit auch die demokratisch aufgebauten Rechtsstaaten zwar als Hülle

stehen zu lassen sind, ihnen aber alle Funktionen zu nehmen und damit den Bürger wieder zum Untertanen zu machen. Statt der Nationalstaaten übernehmen demokratisch nicht legitimierte Gruppen die Herrschaft. Ausersehen dafür sind die UN-Organisationen, „regionale Integrationsprojekte“ wie die EU, ASEAN und die Afrikanische Union sowie Grosskonzerne und grosse Nicht-Regierungsorganisationen. Dazu kommen grosse Städte und internationale Abkommen, die von Bürokraten erarbeitet und allen Menschen aufoktroiert, zunächst für alle einleuchtend im Umweltbereich wie das Kyoto-Protokoll, dann aber in allen weiteren Bereichen, teilweise sogar sinnvoll, aber der Entmündigung des Bürgers dienend. Diese kleine Elite erstellt sogenannte weiche Gesetze, die den Bürgern übergestülpt werden. Sie werden zu Völkerrecht erhoben, indem an Weltkonferenzen unter verschiedenen Titeln immer wieder dieselben Forderungen den Staaten zur Unterschrift vorgelegt werden. Diese Weltkonferenzen zu äusserst wichtigen Themen wie die Kinderrechtskonferenz 1990, die Konferenz für Umwelt und Entwicklung 1992, die Bevölkerungskonferenz und Menschenrechtskonferenz 1993, die Frauenkonferenz und der Sozialgipfel 1995 sowie die Ernährungskonferenz 1996 dienten gemäss Homepage der UNO dazu (www.un.org/News/facts/confercs.htm), Standards und Normen für die Politik auf der ganzen Welt durchzusetzen. Mit dem vom Milliardär George Soros finanzierten Internationalen Gerichtshof in Rom sollen diese Normen international durchgesetzt werden. Dieser erhält das Recht, Menschen auf der ganzen Welt festnehmen zu können, ohne dass sie weiterhin von ihren Staaten geschützt werden können. Das wäre alles nicht sehr von Bedeutung, wenn alle Staaten Diktaturen wären. Für demokratische Staaten wird mit diesem Vorgehen aber die Selbstbestimmung den Bürgern vollends aus der Hand geschlagen. Das Vorgehen ist perfide. Themen, die jedem sozial engagierten Menschen unter den Nägeln brennen und dringend einer Lösung bedürfen, werden benutzt, um eine neue Unterjochung der Menschen gezielt herbeizuführen. Hat der Bürger sowieso schon lange nur minimale Rechte - trotz der postulierten - so werden sie in diesem neuen Gebilde erst gar nicht mehr postuliert. Der Bürger existiert in den UNO Papieren gar nicht mehr, der Mensch wird nur noch verwaltet, ohne jedes Recht, ohne Möglichkeit, die Verordnungen auch nur zu beeinflussen, die es statt der Gesetze gibt. Die aufgeklärten Menschen werden hinters Licht geführt, indem deren eigene Parolen im Mund geführt und gleichzeitig die grundlegenden Menschenrechte ausser Kraft gesetzt werden

Die neuen Normen der UNO

Das erste Papier, in dem die neuen UNO-Normen versteckt worden sind und über die die Bürger der demokratischen Staaten nie diskutiert haben, ist die Agenda 21, das Abschlusspapier der Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992. An konkreten Beispielen soll aufgezeigt werden, um welche neuen Normen es sich handelt.

Gemäss dieser Agenda 21 soll in Zukunft über alle Menschen Daten über ihre gesamte Lebensweise erstellt werden, wie über die Art der Ferien, die täglich konsumierten Mengen an nicht nachhaltigen Produkten, die Freizeitgestaltung, die Art und Menge der Verbindung zu anderen Menschen, weil diese ja immer mit Energieverbrauch verbunden ist (4.1., 4.10, Kapitel 40.) In den Datenbanken sollen auch Daten aus dem „sozialpolitischen, wirtschaftlichen, entwicklungspolitischen, ökologischen und umweltpolitischen Bereich“ zusammenfliessen (8.5.a). Es wird auch festgehalten, wer die Vorschriften der Agenda 21 wie oft übertritt (8.21.c). Die staatlichen und kommunalen Daten sollen darüberhinaus besser verknüpft werden (36.10). Diese sensiblen Daten sollen ausdrücklich Einzelpersonen und Gruppen jederzeit zugänglich sein (8.4.f, 23.2). Der Datenschutz wird also abgeschafft, da sonst der einzelne durch seine Nachbarn zu wenig kontrollierbar ist. Mann und Frau sollen daraufhin überprüft werden, ob sie die Hausarbeit gleich aufteilen (24.3.d), was ein massiver Eingriff in die freie Vereinbarung der Partner über ihr Zusammenleben ist und dem grundlegenden Anspruch eines liberalen Rechtsstaates widerspricht, Ehe und Familie vor den Eingriffen des Staates zu schützen. Der Staat muss dafür sorgen, dass nur noch gesunde Kinder geboren werden (6.21). Behinderte Kinder müssen dann zum Beispiel abgetrieben werden unter der Drohung, dass die Gemeinden und die Krankenkassen die Ausbildung der Kinder nicht finanzieren.

Die gesamten Verhaltensweisen, die Einstellung der Menschen, sogar die Werte der einzelnen Menschen und ganzer Kulturen sollen gemäss der sogenannten Gesamtplanung Agenda-21-kompatibel verändert werden (24.2.c, 36.3, 36.8, 36.9), was „Bewusstseinsschärfung“ genannt wird (36.24). Damit das gelingt, sollen die Behörden ausdrücklich von den Erfahrungen der Werbebranche und der Unterhaltungsindustrie lernen, mit welchen Methoden die Menschen manipuliert werden können (35.10.e), die Länder sollen mit der Wissenschaft zusammen die modernen Kommunikationstechnologie nutzen, die besonders hohe Breitenwirkung zeigen können (35.12.i, 36.10.f). Die Wissenschaft soll wie im ehemaligen Osten durch eine „bedürfnisorientierten Wissenschaft“ (35.1) aufgehoben werden. Wenn die politische Vereinnahmung der Wissenschaft als Instrument der „Nachhaltigkeit“ (35.2) trotzdem keine bestellten Beweise liefern kann, sollen die vorher festgelegten Forderungen trotzdem durchgesetzt werden können, wenn sie „in sich selbst gerechtfertigt“ sind (35.3). Irrationale Behauptungen brauchen also nicht einmal mehr Scheinbeweise. Darüberhinaus sollen „Kooperationsmechanismen“ zwischen Regierung, Arbeitgebern und Arbeitnehmer auf Betriebsebene, sowie auf kommunaler und staatlicher Ebene“ (29.7) geschaffen werden, ein Prinzip, nach dem der faschistische italienische Staat organisiert war und die Bürger in den Griff nahm. Entscheidungsfindungen sollen nicht mehr durch die freie Diskussion von Bürgern stattfinden, sondern im Dialog von Interessengruppen (37.5). Das bedeutet nichts anderes als die Einführung des korporierten Untertanen wie im Mittelalter, das den freien Bürger als Individuum nicht kennt. Der Verlust der Selbstbestimmung freier Bürger wird ersetzt durch unverbindliche „Konsultationen“ (28.2, 28.3), die dem Bürger den Eindruck vermitteln sollen, mitsprechen zu können. Der Einfluss der Interessengruppen wie Privatwirtschaft, Gewerkschaften und Nicht-Regierungsorganisationen soll so weit gehen, dass diese nicht einfach ihre Meinung kundtun wie die Bürger auch, sondern dass diese Gesetze mitentwickeln (8.21.d, 23.2, 27.1,-) also zusätzlich zu den demokratisch gewählten Repräsentanten oder statt Volksabstimmungen. Damit nicht genug sollen Privatpersonen und diese Nicht-Regierungsorganisationen am Vollzug von Gesetzen beteiligt werden (8.21.d), also polizeiliche Aufgaben erhalten, was über die Blockwarte der Nazizeit hinausgeht.

Die entsprechenden Stellen für diese Aussagen kann jeder nachlesen.

Kontrolle der Bürger

Statt einer Verbesserung der Umwelt und der Entwicklung handelt es sich bei diesem Papier also um ein Strategiepapier zur umfassenden Kontrolle der Bürger. Die von der UNO mitbegründete Organisation zur Umsetzung dieser Forderungen in den Gemeinden, ICLEI, hält dementsprechend fest: „Eine lokale Agenda 21 entwickeln heisst nicht, dass irgendeine Kommune irgendwelche Ziele für ihre zukünftige Entwicklung definiert und dabei besonderen Wert auf den Schutz der Umwelt legt. Die mit der Entwicklung einer Lokalen Agenda 21 beschäftigten Kommunen ... sollen alle, so unterschiedlich ihre Ausgangsbedingungen sein mögen, einem gemeinsamen, übergeordneten Leitbild folgen“ (Themenblatt zur „Lokalen Agenda 21, S.2). Die schöne neue Welt lässt grüssen, die so trickreich funktioniert, dass jede Kritik an dieser zentralisierten Diktatur als rechts diffamiert wird, weil sie nach aussen hin unter dem Titel Umwelt und Entwicklung läuft und viele der Exponenten der Umweltbewegung eingebunden worden sind.

Die Strategen einer weltweiten Steuerung - „global governance wie sie entsprechend der neuen Philosophie in den Konzernetagen genannt wird - waren sich jedoch bewusst, dass Papier geduldig sein kann. Das wollten sie verhindern. Deshalb setzten sie eine „Kommission für nachhaltige Entwicklung“ ein (38.11- 38.14), vor der sich jedes Land regelmässig rechtfertigen muss, ob es entsprechende Fortschritte erzielt hat und die eng mit den mächtigen Nicht-Regierungsorganisationen zusammenarbeitet und diesen die Daten weitergibt, die von den Ländern kommen. Damit schafft sich die UNO eine Einsatztruppe, die in den souveränen Ländern auch Aufgaben erfüllen, die ihnen die UNO aufträgt. Damit können sich die Bürger in den souveränen

demokratischen Staaten nicht einmal mehr ansatzweise selbstbestimmt.

Kontrollinstrumente

Darüberhinaus hat das UN-Umweltprogramm eine Agitationsgruppe eingesetzt, ein sogenannter Rat für kommunale Umweltinitiativen (ICLEI International Council for local Environmental Initiatives). Der europäische Zweig sitzt in Freiburg im Breisgau. Die politische Strategie bestimmt ein kanadisches Institut, das seit 25 Jahren darauf hinarbeitet, über die Umwelt die Welt umzugestalten. (International Development Research Center, gegründet von Maurice Strong, dem Leiter der erwähnten Konferenz in Rio de Janeiro). Diese Agitationsgruppe ist dafür zuständig, in jeder Gemeinde in der Welt einen Agenda 21-Prozess in Gang zu setzen. Einen Prozess in Gang setzen heisst, dass nach und nach alle Forderungen der Agenda 21 durchgesetzt werden. In unseren Ländern fängt man mit dem Umweltschutz an, um die Bürger „mitnehmen“ zu können.

Lokale Agenda21-Gruppen als Botschafter des neuen Faschismus

Das ICLEI hat es geschafft, dass bald die Hälfte der Gemeinden in Europa eine lokale Agenda in Gang gesetzt haben.. Es handelt sich - wie gesagt - ausdrücklich nicht darum, in jeder Gemeinde zu überlegen, wie die Situation verbessert werden könnte - das wird höchstens am Anfang als strategisches Element eingesetzt - sondern jede Gemeinde soll sich in einen Prozess begeben, durch den sie sich der Agenda 21 unterordnet. Dafür spannt man gutgläubige Umweltaktivisten, Frauen, Entwicklungshilfeaktivisten ein, denen versprochen wird, dass sie endlich mehr Einfluss gewinnen und sie ihre Anliegen durchsetzen können. Wer kann sich dem entziehen nach so vielen Jahren zum Teil vergeblichen Kampfes - auch wenn die Bürger nicht überzeugt worden sind, sondern ihnen das „Gute“ aufgezwungen wird? Um die neue Diktatur in den Gemeinden durchzusetzen wird neben den demokratisch gewählten Gemeindevertreter eine Steuerungsgruppe eingesetzt, die von demokratisch nicht legitimierten Privatvereinen und der Wirtschaft bestimmt wird. Diese kontrollieren die Beschlüsse der Gemeinden daraufhin, ob sie nachhaltig oder zukunftsfähig sind, schöne Worte für ein Programm die die Zentrale Uno immer wieder neu definieren und den engagierten Durchsetzungst(g)ruppen in den Gemeinden durchgeben.

Die Privatgrüppchen oder auch Einzelpersonen in den Gemeinden können jeden einzelnen Bürger daraufhin überprüfen, ob er sich an alles hält, was als nachhaltig betrachtet wird. Damit kann keiner auf der Welt vor dieser Diktatur entweichen.

Korporiert statt frei

Es dürfen nur Beschlüsse gefasst werden, die von allen akzeptiert werden. Eine kleine Minderheit kann also alles bestimmen. Der Konsens findet aber nicht unter Bürgern oder gewählten Vertreter statt, sondern nur unter Vertretern von Interessengruppen.

Kein Bürger kann sich dem Zugriff durch diese Interessensvertreter entziehen, auch weil statt Rechtsstrukturen in Zukunft diese kleinen Gruppen die Gesetze mitentwickeln und durchsetzen können sollen.

Wir steuern also auf eine völlige Umgestaltung unserer demokratischen Rechtsstaaten hin. Das gleiche Recht für alle, Rechtsetzung durch den Souverän wird abgelöst durch Stosstrupps engagierter Bürger, die dank ihrer umweltbewussten Einstellung kritiklos die von oben herab bestimmten Anordnungen überprüfen und durchsetzen können.

Unsere Aufgabe besteht also darin, auf diese Entwicklungen aufmerksam zu machen, denn sie gefährden jegliches soziale Zusammenleben, die kritische Auseinandersetzung, Demokratie und Rechtsstaat. Sie bringen echte Umweltschutzanliegen und den Einsatz für die Hungernden in der Welt in ein schiefes Licht. Diese Strategen rechnen damit, dass die Bürger in selbstverschuldeter Unmündigkeit sich ihre Freiheit einfach nehmen lassen und die engagierten Linken unkritisch ihre Inhalte glauben über diktatorische Massnahmen durchsetzen zu können. Anzunehmen ist, dass dieser Zwang entweder zu Untertanen oder zu Bürgerkriegen führt.

Der Brahimi-Bericht - Aufbau eines militärischen Armes der UNO für die zukünftige Steuerung der Welt

Es folgt der Logik dieser neuen Machthaber, dass sie für die Absicherung ihrer Diktatur Militär brauchen. Entsprechend wurde am 17. August der sogenannte Brahimi-Report an den Generalsekretär Kofi Annan abgegeben (www.un.org/peace/reports/peace_operations). In diesem Report wurden für die UNO ähnliche Forderungen gestellt, wie für die EU und die NATO. Die UNO soll wie die EU eine eigenständige Militärmacht werden. Der Brahimi-Report zerstört die Hoffnung vieler Menschen in der ganzen Welt, dass die UNO dem Frieden dienen könnte. Die UNO wird spätestens jetzt zu einem Teil des Grossmachtstrebens.

Die UNO soll - nach den in diesem Bericht empfohlenen Vorstellungen - in Zukunft ausdrücklich keine vermittelnde Institution mehr sein. Stattdessen soll sie sich auf die Seite von einer der streitenden Parteien stellen, Krieg gegen die andere führen und damit den „Frieden“ des Stärkeren, des Auserwählten, herstellen. Die UNO stellt sich damit in einen fundamentalen Gegensatz zum fortschrittlichen Konzept der Neutralität. Sie kann deshalb Konflikte nicht mehr nachhaltig lösen. Da die UNO Kriegspartei in den zukünftigen Kriegen ist, die zumeist Bürgerkriege sind, benötigen die Bürger der geplagten Länder einen glaubwürdig unabhängigen Staat zur Konfliktlösung. Als einziges Nicht-UNO-Land mit jahrhundertelanger gelebter Neutralität wächst der Schweiz eine noch bedeutendere historische Aufgabe zu, dem Völkerfrieden zu dienen.

„Robuste Einsätze“ bedeuten Krieg

Truppen im Auftrag der UNO sollen - gemäss Brahimi-Report - in Zukunft mit Waffengewalt Aufträge durchführen, die sie nicht von den Bürgern erhalten haben, sondern von den UNO-Führern im Sicherheitsrat (Art. 91). Dazu gehört es zum Beispiel, einem Land bürokratische und andere Einrichtungen von UNOs Gnaden überzustülpen. „Wenn Friedenskonsolidierungsmissionen es erfordern, müssen Justiz-, Strafvollzugs- und Menschenrechtsexperten sowie Zivilpolizisten in ausreichender Zahl vorhanden sein, um die rechtsstaatlichen Institutionen zu stärken.“ (Art. 39) Mit Waffengewalt durchgesetzt, können sie nicht demokratisch sein, weil sie nicht den Willen der Bevölkerung wiedergeben.

Krieg gegen Unbotmässige statt unparteiliche Friedensförderung

Ganz im Gegensatz zur Erfahrung in der Schweizer Diplomatie und mit dem IKRK wird im Brahimi-Bericht behauptet, reine Unparteilichkeit führe zur Handlungsunfähigkeit. „Die Unparteilichkeit ist nicht dasselbe wie Neutralität oder wie die jederzeitige Gleichbehandlung aller Parteien in allen Fällen, die einer Beschwichtigungspolitik gleichkommen kann.“ (Art. 50) Diese Behauptung ist jedoch die Ideologie, die die UNO braucht, um ihre zukünftigen Kriege zu rechtfertigen. In der Neusprache der UNO heissen die Kriege „robuste Friedenserhaltung“. Die UNO-Truppen müssen so hoch gerüstet sein und mit so vielen finanziellen Mitteln ausgestattet sein, dass

sie jeden Krieg „erfolgreich“ durchführen. „Sobald UN-Friedenssicherungskräfte disloziert werden, müssen sie ihren Auftrag professionell und erfolgreich erfüllen können und in der Lage sein, sich selbst, die anderen Anteile der Mission und ihr Mandat auf der Grundlage robuster Einsatzrichtlinien gegen diejenigen zu verteidigen, die Friedensabkommen nicht einhalten oder auf andere Weise versuchen, sie mit gewaltsamen Mitteln zu untergraben.“ (Art. 55). Das bedeutet nichts anderes, als dass kein Land in der Welt in der Lage sein soll, den Direktiven der Uno militärisch entgegenzutreten. Das betrifft auch die souveränen demokratischen Staaten. „Sobald die Vereinten Nationen ihre Truppen zur Wahrung des Friedens aussenden, müssen sie auch darauf vorbereitet sein, den hartnäckigen Kräften von Krieg und Gewalt entgegenzutreten, und müssen über die Fähigkeit und Entschlossenheit verfügen, diese Kräfte zu besiegen“ (Zusammenfassung S. VI)

Die meisten Kriege sind Bürgerkriege. In den Bürgerkriegen gibt es nie eine Gruppierung, die sich nichts zuschulden hat kommen lassen, weil in Kriegen immer Unrecht geschieht. Im Brahimi-Report behauptet die Uno, man könne den Schuldigen erkennen und den Unschuldigen zum militärischen Sieg verhelfen. Damit wird die Uno zu einer Kriegspartei, die von den Verlierern abgelehnt wird. „In einigen Fällen stehen die örtlichen Parteien nicht auf der gleichen moralischen Stufe; wenn sich die Aggressoren und Opfer eindeutig unterscheiden lassen, können die Friedenssicherungskräfte nicht nur aus operativen Gründen zur Anwendung von Gewalt berechtigt, sondern moralisch dazu verpflichtet sein.“ (Art. 50). Krieg wird so zu einer moralischen Notwendigkeit erhoben, die weit entfernt von jeglicher Moral ist, die in den menschlichen Kulturen aufgebaut worden ist.

Überfälle auf souveräne Staaten im Namen der Uno

Die Uno soll eigene stehende Truppen bekommen. Damit sollen dann mindestens 5 Kriege auf einmal geführt und gewonnen werden können (Art. 169b). Andererseits kann die Kriegsführung auch Staaten übergeben werden, die dann im Namen der Uno handeln bzw. ihr Zerstörungswerk durchführen können. Gelingt es zum Beispiel der russischen Propaganda, die Tschetschenen als die Bösen, als Terroristen hinzustellen, so kann Russland im Namen der Uno die Tschetschen „befrieden“. Nach der Definition des Brahimi-Berichts beweisen sie damit Handlungsfähigkeit.

Die Uno im Dienst der USA

Die Kriege werden von denjenigen Staaten geführt, die die militärischen Möglichkeiten haben. „Damit eine Friedensmission solchen den Konflikt unterstützenden Nachbarländern entgegentreten kann, benötigt sie die aktive politische, logistische und/oder militärische Unterstützung einer oder mehrerer Grossmächte oder grosser Regionalmächte. Je schwieriger der Einsatz ist, desto wichtiger wird diese Unterstützung.“ (Art. 23) Das ist global betrachtet vor allem die USA und geringem Ausmass die EU. Diese Forderung steht explizit im Gegensatz zum Grundsatz der UNO in den ersten Jahren, dass eine Friedensmission gerade nicht von Grossmächten durchgeführt wird, damit diese nicht ihre eigenen Interessen durchsetzen. Andere Länder werden bei Bedarf eingesetzt. So erklärte dazu zum Beispiel am 8. Februar 2001 an der ETH Zürich der Redenschreiber des NATO-Generalsekretärs, dass weisse Soldaten in Afrika nicht möglich seien und man deshalb einzelne Staaten brauche, die dann den Krieg mit Unterstützung der NATO führen. Für die modernen Kriege brauche es aber immer die Weltraumüberwachung und die habe die USA in der Hand.

Geheimdienst der Uno gegen souveräne Völker und freie Bürger

Für ihre neue Machtpolitik bzw. zur Leitung der Militäroperationen will die Uno einen Nachrichtendienst aufbauen. „Der Generalsekretär und die Mitglieder des ECPS benötigen ein professionelles System im Sekretariat für die Sammlung von Informationen über

Konfliktsituationen, die effiziente Weitergabe dieser Informationen an einen breiten Nutzerkreis, die Erstellung grundsatzpolitischer Analysen und die Entwicklung langfristiger Strategien. Die Sachverständigengruppe schlägt daher die Schaffung eines ECPS-Sekretariats für Information und strategische Analyse (EISAS) vor“ (Art. 68)

Da die Uno kein Parlament hat und keines haben kann, weil es kein Weltvolk gibt, wird dieser Geheimdienst nicht einmal von Vertretern des Volkes kontrolliert. Ein Nachrichtendienst ohne Kontrolle gerät ausser Kontrolle und wird bald für alles mögliche missbraucht, zum Beispiel zur Kontrolle von Vorgängen oder Bürgern in souveränen, demokratischen Staaten.

Ausdrücklich lobt der Brahimi-Bericht das völkerrechtswidrige Vorgehen der Nato im Kosovo (Art. 106). Erinnert sei daran, dass die UNO dagegen hätte protestieren müssen, weil der Uno-Sicherheitsrat keine Zustimmung zu diesem Krieg gegeben hat und dieser Krieg nicht einmal nach Uno-Kriterien hätte geführt werden dürfen.

Aufhebung der Trennung zwischen Polizei und Militär

Die Uno soll nicht mit den militärischen Mitteln auch Polizeiaufgaben ausführen. Damit hebt sie die Trennung zwischen diesen diesen zwei Institutionen auf. Diese fehlende Trennung ist aber definitionsgemäss eines der Kennzeichen einer Diktatur.

Propagandaabteilung der Uno zur Rechtfertigung von Kriegen

Die Autoren wissen wohl, dass die Uno mit dem neuen Konzept für eine militärische Überlegenheit als Grossmacht mit Vasallen auf grosse Widerstände stossen wird. Die Bürger wollen keinen Krieg, auch keinen „gerechten Krieg,, weil Krieg zerstört, tötet, grausam ist und die Missachtung souveräner Staaten dem Völkerrecht vollständig entgegensteht. Deshalb will sie in Zukunft eine Propagandaabteilung aufbauen (departement for public information). Diese soll Direktiven an die Mitgliedsstaaten und die Medien liefern. Diese Uno-Abteilung soll bei den Menschen auf der ganzen Welt ein „Wir-Gefühl“ für die einzige Grossmacht im Dienst der stärksten Militärmacht erzeugen.

Unkontrollierbare Führungsstrukturen statt Demokratie

Zur leichteren Führung der Kriege soll dem Generalsekretär mehr Einfluss gegeben werden. Dieser Generalsekretär hat überhaupt keinen Auftrag der Bürger - er hat keine demokratische Legitimation für irgendeine Entscheidung. Und noch weniger dafür, Kriege anzuzetteln oder auszuführen.

In dem Bericht wird deutlich, dass auch diejenigen Staaten, die sich an einem Krieg nicht beteiligen, hinter der Entscheidung des Generalsekretärs und des Sicherheitsrats stehen müssen. Nachzulesen ist dies in der Uno-Charta Artikel 25: „Die Mitglieder der Vereinten Nationen kommen überein, die Beschlüsse des Sicherheitsrats im Einklang mit dieser Charta anzunehmen und durchzuführen.“ Das ist eine Entmündigung des Bürgerstaates und des Bürgers in bezug auf den Krieg. Sie betrifft gerade im Falle der Schweiz den hochsensiblen Bereich der Neutralität als Grundlage der humanitären Arbeit durch das Rote Kreuz (IKRK)

Spätestens in Fragen des Krieges müssen wir Menschen, wollen wir uns als aufgeklärte oder als mitfühlende Menschen bezeichnen, einen Standpunkt einnehmen, der der Gewalt und dem Machtstreben entgegensteht. Dieser Standpunkt muss deutlich werden gegen alle diktatorischen Bestrebungen. Es braucht nicht sehr viele, die die Vernunft zum Tragen bringen und mit ihren Mitbürgern über die Fakten sprechen. Dann kann diese kleine Gruppe von machtgerigen und

ideologisch motivierten Menschen ihre Diktatur nicht umsetzen. Dazu müssen wir uns unseres Verstandes bedienen und mit den Tugenden der Gerechtigkeit, der Weisheit, der Tapferkeit und der Besonnenheit die Menschlichkeit zum Tragen bringen.